

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimawandel-wo-er-am-gefaehrlichsten-ist-a-1286390-amp.html>



Weltrisikobericht

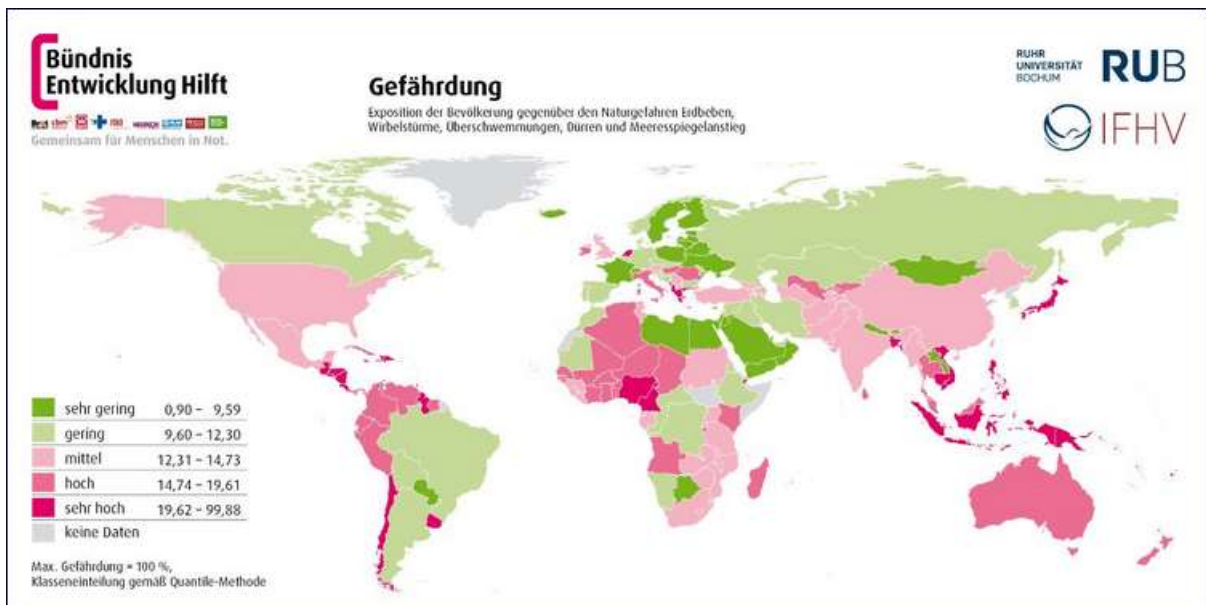
Wo der Klimawandel am gefährlichsten ist

Extreme Hitze und Dürren, aber auch schwere Regenfälle und Überflutungen: Der Weltrisikobericht hat untersucht, wo der Klimawandel die größten Folgen haben könnte. Besonders Inselstaaten stehen unter Druck.

Donnerstag, 12.09.2019 11:35 Uhr

Der Klimawandel verursacht paradoxe Effekte: Auf der einen Seite gehen Forscher davon aus, dass er für Hitzerekorde und Dürren verantwortlich ist. Auf der anderen Seite bringt er wohl auch immer häufiger extreme Regenfälle - die Folgen sind Überschwemmungen.

In der Summe verschärft der Klimawandel so Probleme der Wasserversorgung. Das stellt Menschen rund um den Erdball vor eine Fülle von Herausforderungen. Zu diesem Schluss kommt der neue Weltrisikobericht, den das "Bündnis Entwicklung Hilft" und die Ruhr-Universität Bochum in Berlin vorstellten.



Das "Bündnis Entwicklung Hilft", bei dem sich mehrere Hilfsorganisationen zusammengeschlossen haben, veröffentlicht den Weltrisikobericht seit sechs Jahren. Die Forscher berücksichtigen bei der Analyse nicht nur, wie häufig Länder statistisch betrachtet von Naturkatastrophen heimgesucht werden, sondern auch, wie gut sie darauf vorbereitet sind.

Laut dem **Weltrisikoindex**, der in diesem Jahr das Katastrophenrisiko von 180 Ländern durch eine kombinierte Analyse von Naturgefahren und Verwundbarkeit der Gesellschaft analy-

siert, befinden sich die Regionen mit der höchsten Gefährdung in Ozeanien, Südostasien, Mittelamerika sowie in West- und Zentralafrika.

Die drei Länder mit dem höchsten Katastrophenrisiko infolge extremer Naturereignisse sind demnach die Inselstaaten Vanuatu, Antigua und Barbuda sowie Tonga. Insgesamt gehören zehn Inselstaaten zu den 15 Ländern mit dem höchsten Katastrophenrisiko, da sie Naturgefahren wie dem Anstieg des Meeresspiegels, Überschwemmungen, Wirbelstürmen und teilweise Erdbeben besonders ausgesetzt sind.

Das Land mit dem niedrigsten Katastrophenrisiko weltweit ist Katar, der Kontinent mit dem niedrigsten Risiko Europa. Deutschland belegt Platz 163.

Von den Ländern mit der höchsten gesellschaftlichen Verwundbarkeit liegen 13 in Afrika. Das bedeutet, in diesen Ländern können Probleme im Wasserkreislauf die verheerendsten Folgen für das Zusammenleben der Menschen haben. An erster Stelle steht die Zentralafrikanische Republik, gefolgt vom Tschad, der Demokratischen Republik Kongo sowie Eritrea.

Die Auswirkungen des **Klimawandels** verschärfen laut Bericht wasserbedingte Probleme nicht nur in trockenen Gebieten, sondern weltweit. Extreme Naturereignisse wie Dürren am Horn von Afrika, Zyklone mit Überschwemmungen im südlichen Afrika oder in Asien brächten über Jahrzehnte etablierte Abläufe in der Wasserversorgung an ihre Grenzen.

Im Fall extremer Naturereignisse und gewaltsamer Konflikte kann es demnach je nach Situation noch weitaus schwieriger als in krisenfreien Zeiten werden, eine sichere Wasserversorgung zu gewährleisten.

Der Weltrisikoindex macht erneut deutlich, dass eine sehr hohe Gefährdung durch Naturereignisse nicht notwendigerweise ein sehr hohes Risiko bedeutet. So sind beispielsweise die Niederlande in besonderem Maße durch den Meeresspiegelanstieg bedroht, haben aber gute Möglichkeiten, etwa durch Küstenschutz, ihr Risiko zu begrenzen. Dadurch liegt das Land im Index nur auf Platz 77.

Um das Risiko der am meisten betroffenen Länder zu senken, fordern die Autoren des Berichts nicht nur Maßnahmen auf lokaler Ebene, sondern auch mehr internationale Zusammenarbeit.

"Ohne den Willen der internationalen Gemeinschaft, die in Paris vereinbarten Klimaziele einzuhalten, werden Katastrophenschutzbehörden und lokale Initiativen wie etwa die Pflanzung von Mangrovenwäldern zur Eindämmung der Erosion von Küsten, lokale Frühwarnsysteme und Evakuierungsübungen von lokalen Gruppen nur eingeschränkt erfolgreich sein", heißt es in dem Bericht weiter. Maßnahmen müssten zudem flächendeckend umgesetzt werden und insbesondere den Ärmsten der Armen zur Verfügung stehen.

joe/AFP